

Heinz-Jürgen Krug, facebook 11.6.2022

Drückeberger und Rechenkünstler

Gestern (10.6.2022) im Main-Spitzen-Echo die gesammelten Stimmen von Rüsselsheimer Parteien und Listen zur Stellungnahme der Personalversammlung (<https://magentacloud.de/s/WJJDagbHLaEokSK>) und der Vertrauensleutenvorsitzenden Michaela Stasche (<https://magentacloud.de/s/5CtNjaCLXRzjBEG>) zur Debatte über den kommunalen Haushalt 2022. Dabei ging es allerdings nicht um die Hinweise der Gewerkschafter*innen auf marode Infrastruktur durch jahrzehntelangen Investitionsstau, auf ca. 300 unbesetzte Stellen, auf zusätzliche Aufgaben durch Corona, Ukrainekrieg und drohende Klimakatastrophe, sondern ausschließlich um den Vorwurf, sich vor eigenen Entscheidungen zu drücken und die Verantwortung an Magistrat und externe Dienstleister abzugeben. Wie „kontern“ die Fraktionen nun die Vorwürfe?

„Wir sind keine Drückeberger“

Fraktionen kontern Vorwürfe der Verdi-Vertrauensleute / Man übernehme sehr wohl Verantwortung für Finanzen

Von Jens Etzelsberger

RÜSSELSHEIM. Die Vorwürfe der Sprecherin der Verdi-Vertrauensleute in der Rüsselsheimer Verwaltung waren nicht von Pappe. Die Stadtverordneten drückten sich vor der Verantwortung, kritisierte Michaela Stasche (wie berichtet). Als Beleg führte sie den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung an, einen externen Dienstleister mit der Begleitung des Konsolidierungsprozesses des Kommunalhaushaltes zu beauftragen. Zusammen mit dem Magistrat sollen dabei Einsparungen und ein Haushaltssicherungskonzept erarbeitet werden. Es sei aber vornehmste Aufgabe der Stadtverordneten selbst, die Finanzen der Stadt ins Lot zu bringen. Deshalb müssten Einsparvorschläge auch von ihnen kommen, sie dürften sich nicht hinter Dienstleistern verstecken.

Doch was sagen die so Gescholtenen zu den Vorwürfen?



Was dem Parlament vom Magistrat als Haushalt zur Beratung vorgelegt worden sei, sei nicht beurteilbar – so lautet ein Kritikpunkt

Herr Bernhardt von der CDU kontert eher sich selbst, indem er sich mit der Behauptung der Haushalt sei ein nicht beurteilbares unverschämtes Machwerk (Grund: Die Produktdatenblätter seien nicht ausgefüllt) vor eigenen Vorschlägen drückt.

Tatsächlich gibt es einige Produktblätter, bei denen Einträge fehlen, zum Beispiel beim Produkt „Verwaltung Betreuungsschulen“ und ähnlichen gibt es keine Formulierung zum Produktziel – also sowas wie „den Betrieb der Betreuungsschulen ordentlich verwalten“, Ziel und Kennzahlen gibt es dafür beim zugrundeliegenden Produkt „Betreuungsschulen. Generell gibt es für Schulen aber auch Kitas, Jugendförderung ... ausgefüllte Produktblätter. Und natürlich gibt es immer die Möglichkeit in den Ausschüssen, sollten einem wirklich wesentliche Informationen fehlen, nachzufragen.

Man fragt sich, wie konnten die Vorgänger*innen von Herrn Bernhardt nur jemals HH-Anträge für die CDU stellen? Und das in Zeiten als die Produktblätter noch wesentlich lückenhafter ausgefüllt waren!

Bei seiner Anmerkung, die Stadt könne doch im Widerspruch zur Behauptung der Personalversammlung kein Einnahmeproblem haben, da die Deckungsmittel (Steuern und Schlüsselzuweisungen des Landes) in 2012 nur 58 Millionen, jetzt aber nach Planung 120 Millionen Euro betrügen, drückt er sich vor der Darlegung wesentlicher Fakten. 2012 – und in den Jahren davor und bis 2015 – war der kommunale Finanzausgleich verfassungswidrig und Rüsselsheim erhielt im Vergleich zum Durchschnitt der anderen Sonderstatusstädte jährlich ca. 20 Millionen Euro weniger an Landeszuschüssen. Zudem schwanken sowohl insbesondere die Gewerbesteuererinnahmen und auch die davon teilweise abhängigen Schlüsselzuweisungen im Verlauf der Jahre erheblich. Angaben machen daher nur Sinn, wenn frau/man sie über mehrere Jahre angibt. So betragen die durchschnittlichen jährlichen Deckungsmittel von 2012 bis 2015 knapp 89 Mio Euro. Und auch aufgrund der verfassungswidrig niedrigen Landeszuweisungen betrug das jährliche durchschnittliche Defizit 27 Mio Euro. Ab 2016 musste das Land dann die Schlüsselzuweisungen für Rüsselsheim aufgrund des Verfassungsgerichtsurteil erhöhen. Von 2019 bis 2021 war der Haushalt dann nahezu ausgeglichen. Nun aber schlägt angesichts der aufgestauten und neu hinzukommenden Herausforderungen das Einnahmeproblem wieder zu.

Herr Karakaya und seine SPD scheinen mit nicht ausgefüllten Produktblättern kein Problem zu haben. Die SPD habe (auf Basis des Machwerks? 😊) ganz viele Vorschläge gemacht, die meisten halt in einer nichtöffentlichen Arbeitsgruppe. Es gab aber auch einen entsprechenden Antrag. Und darin drückt sie sich jedoch vor irgendwelchen Festlegungen. Es handele sich um „Aspekte in den einzelnen Clustern“, die weder Vorfestlegungen noch bevorzugte Maßnahmen seien. Für die Festlegungen soll umgehend ein „externer Dienstleister“ beauftragt werden. Hinter dessen Empfehlungen kann man sich dann herumdrücken.

Die WsR ergreift mutig die Verantwortung, indem sie Hand in Hand mit der CDU fordert die Investitionen in Kultur in Form des Zuschusses für den Eigenbetrieb Kultur123 um eine gute Million Euro zu kürzen. Um die Angabe welche Leistungen/Angebote dafür gekürzt/gestrichen werden sollen, drückt sie sich allerdings seit Jahren herum. Und Joachim Walczuch, der Fraktionsvorsitzende, drückt sich um die mathematisch-politische Logik mit der Behauptung herum, dass die Verdoppelung der Grundsteuer 2013 zu mehr Schulden geführt habe. Aber natürlich haben im Verein mit den erhöhten Landes- und Bundeszuschüssen die zusätzlichen 10 Mio Euro Einnahmen zu den ausgeglichenen Haushalten 2019 bis 2021 beigetragen. Die Grundsteuererhöhung war und ist zwar auch nach Meinung der Linken/Liste Solidarität das falsche Mittel, hat aber unbestreitbar schuldenmindernde Wirkung.

Die Linke/Liste Solidarität wurde nicht gefragt. Aber zur Frage welche Mittel wir für sinnvoll halten, hatten wir ja bereits vor knapp zwei Wochen eine Presseerklärung an die Redaktion geschickt. Die wurde allerdings bisher nicht veröffentlicht, blieb und bleibt vorläufig also den „puren“ Zeitungsleser*innen unbekannt. Nun ja, wenigstens in facebook und auf der Linke-Soli-[Website konnte/kann frau/man das nachlesen](#) .